

## **Wirtschaft lehnt neue Marktsperren im Stromgesetz ab**

Utl.: Auch E-Wirtschaft muß Beitrag zur Marktöffnung  
leisten: Effizienzsteigerung statt Protektionismus =

Wien (PWK) - Am Dienstag stand das Elektrizitätswirtschafts- und - Organisationsgesetz auf der Tagesordnung des Ministerrates. Gegenüber dem Gesetzesentwurf, den Wirtschaftsminister Hannes Farnleitner und Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer am vergangenen Freitag der Öffentlichkeit vorstellten, wurden nun einige Veränderungen vorgenommen, die von der Wirtschaft als liberalisierungsfeindlich abgelehnt werden. \*\*\*\*

Werner Teufelsbauer, Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung in der Wirtschaftskammer Österreich: "Was da in den vergangenen Stunden an Veränderungen in den Gesetzestext hineinreklamiert wurde, ist mehr als nur ein Schönheitsfehler. Die schon von der EU-Kommission geäußerten Bedenken wurden offenkundig in den Wind geschlagen. Ob der jetzt vorliegende Gesetzestext von Brüssel anerkannt wird, halte ich für fraglich, da sich ein marktfeindlicher Protektionismus breitgemacht hat".

Besonders störend wird von der Wirtschaftskammer Österreich empfunden, daß unter dem Deckmantel "Schutz der Wasserkraft" die Möglichkeiten einer Netzzugangsverweigerung für berechnigte Kunden ausgeweitet wurden. So wurden erläuternde Bestimmungen gestrichen, welche indirekt Marktpreise für Strom aus Wasserkraft bewirkt hätten. Der jetzt vorliegende Gesetzestext erlaubt es den Elektrizitätsgesellschaften, den Strommarkt dann abzuschotten, wenn die eigenen Anlagen nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Zugleich gibt es aber keine Verpflichtung zur Rationalisierung und Kostensenkung.

Teufelsbauer: "Die Wirtschaft hat schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die E-Wirtschaft als Ganzes unter Berücksichtigung einiger weniger "gestrandeter Investitionen" und der Ausnützung aller Effizienzsteigerungsmöglichkeiten wettbewerbsfähig ist. Kostenprobleme einzelner Elektrizitätsunternehmen dürfen jedenfalls nicht über eine Abschottung des Strommarktes auf dem Rücken der Wirtschaft abgeladen werden. Auch die E-Wirtschaft muß ihren Beitrag zur Marktöffnung leisten und darf sich nicht durch Protektionismus

aus ihrer Verantwortung davonstehlen".

Verwirrend ist auch die derzeitige Situation um die Förderung alternativer erneuerbarer Energien. Hier liegen nunmehr gleichzeitig der Vorschlag eines Förderungsfonds und der Festlegung erhöhter Einspeisetarife auf dem Tisch. Die Wirtschaft wird jedenfalls keinem Elektrizitätsgesetz zustimmen, welches die derzeitigen Monopolpreise durch Marktsperren festschreibt oder durch neue Förderungsmodelle sogar in die Höhe treibt. Sollte es beim jetzigen Modell bleiben, wird die Wirtschaft ihre Bedenken im Brüssel deponieren.

(Schluß) RH

Rückfragehinweis: Wirtschaftspolitische Abteilung

Dr. Werner Teufelsbauer

Tel. 50105/DW 4499

\*\*\*\*\*ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS\*\*\*\*\*

OTS0139 1998-03-17/12:04

171204 Mär 98

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_19980317\\_OTS0139](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980317_OTS0139)